



# Sitzungsvorlage

Nr.:	281/2004
ausgefertigt am:	22.09.2004
Fachamt:	Amt Kreisentwicklung
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none"><li>– Finanzausschuss</li><li>– Kreisausschuss</li><li>– Kreistag</li></ul>

## Küstenautobahn A 22;

### Finanzierung der Planungskosten

#### a) Beschlussfassung über die Mitfinanzierung durch den Landkreis Cuxhaven

#### b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2004

Zu a)

Im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen ist die Küstenautobahn (A 22) zwischen der Elbe bei Drochtersen und der A 28 bei Westerstede als Vorhaben im weiteren Bedarf mit Planungsrecht und besonderem natur-schutzfachlichen Planungsauftrag eingestuft.

Die bisher im Bedarfsplan enthaltene A 20 von Stade bis zur A 1 bei Sittensen ist nicht mehr dargestellt.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage von Land und Bund und der zentralen Bedeutung des Verkehrsprojektes für die Küstenregion haben sich das Land Niedersachsen, die Wirtschaft und Kommunen darauf verständigt, die Kosten der 1. Planungsstufe für die Linienplanung von insgesamt ca. 2,25 Mio. Euro zu je einem Drittel aufzubringen. Auf die Kommunen entfallen demzufolge 750.000,00- Euro. Bei der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen und der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein sind Anträge auf Bewilligung einer Zuwendung zu diesen Planungskosten gestellt.

Abzüglich der in Aussicht gestellten Zuschüsse wird der kommunale Anteil voraussichtlich ca. 450.000,00 Euro betragen. Im Außenverhältnis zum Land ist eine gesamtschuldnerische Haftung der beiden projektkoordinierenden Landkreise Ammerland und Cuxhaven vorgesehen. Im Innenverhältnis soll der kommunale Anteil zwischen den Landkreisen Ammerland, Wesermarsch, Friesland, Leer, Rotenburg, Stade und Cuxhaven sowie den Städten Oldenburg, Wilhelmshaven und Bremerhaven zu gleichen Anteilen aufgeteilt werden. Auf jede kommunale Einheit würde demzufolge ca. 45.000,00- Euro (höchstens 50.000,00 Euro) zukommen. Der Landkreis Ammerland wird im Innenverhältnis die kommunalen Beiträge einsammeln und an das Land abführen.

Der bisher erarbeitete Vereinbarungsentwurf zwischen dem Land Niedersachsen, den Landkreisen Ammerland und Cuxhaven als Projektpaten und den Industrie- und Handelskammern Oldenburg und Stade wird als Tischvorlage vorgelegt werden.

Die gesamtschuldnerische Haftung der projektkoordinierenden Landkreise bedarf der kommunalaufsichtlichen Genehmigung. Die Einholung der kommunalaufsichtlichen Genehmigung wird vom Land Niedersachsen in die Wege geleitet werden.

Voraussetzung für die Vertragsunterzeichnung durch den Landkreis Cuxhaven ist, dass zum einen die anderen kommunalen Gebietskörperschaften ihren Anteil rechtsverbindlich zusagen. Zum anderen müssen die Mittel außerplanmäßig bereitgestellt werden. Die Finanzierungsaktion war unvorhersehbar und ist als kommunale Solidaraktion zur schnellstmöglichen Realisierung der Planung der A 22 nicht verzichtbar.

Weitere Sacherläuterungen werden in der Sitzung gegeben.

Zu b)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mit Datum vom 13.09.2004 nachfolgenden Antrag eingebracht:

„Der Kreistag lehnt jegliche finanzielle Beteiligung an den Planungskosten für eine Küstenautobahn ab.

Begründung:

Der oben gestellte Antrag soll zu einem Grundsatzbeschluss führen, der die Finanzpolitik des LK Cuxhaven berücksichtigt, wie auch seine Rolle bei der Planung und den Bau von Autobahnen.

Eine Mitfinanzierung der Planungskosten für eine Küstenautobahn durch den Landkreis ist rechtlich zweifelhaft und schafft einen Präzedenzfall: Kosten, die das Land Niedersachsen zu tragen hätte, würden auf den Landkreis abgewälzt.

Eine Übernahme der o. g. Kosten würde des weiteren alle Konsolidierungsbemühungen des Haushalts konterkarieren und mit großer Wahrscheinlichkeit gegen das Haushaltsrecht verstoßen.

Ein Wechselspiel zwischen strikten Sparauflagen einerseits und Freibriefen für Zusatzausgaben darf es nicht geben.

Mit der Beteiligung an den Planungs- und möglicherweise Baukosten einer Autobahn würde der Landkreis ähnlich wie bei der Dauersubventionierung des Flughafens Nordholz beweisen, dass er die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat.“

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2004 zur Küstenautobahn wird abgelehnt.
2. Dem Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen, den Landkreisen Ammerland und Cuxhaven sowie den Industrie- und Handelskammern Oldenburg und Stade wird zugestimmt unter der Voraussetzung, dass die anderen kommunalen Gebietskörperschaften die Übernahme ihres Anteils rechtsverbindlich zusagen und die kommunalaufsichtliche Genehmigung für die gesamtschuldnerische Haftung erteilt wird.
3. Mittel in Höhe von bis zu 50.000,00 Euro werden außerplanmäßig und ins nächste Haushaltsjahr übertragbar bereitgestellt.

Bielefeld